



HERBERT STORN

GERMANY FIRST! DIE HEIMLICHE DEUTSCHE AGENDA

Wie eine Doktrin Demokratie,
Rechtsstaat und sozialen
Zusammenhalt bedroht



BÜCHNER

GERMANY FIRST!
DIE HEIMLICHE DEUTSCHE AGENDA

HERBERT STORN

**GERMANY FIRST!
DIE HEIMLICHE DEUTSCHE AGENDA**

Wie eine Doktrin Demokratie, Rechtsstaat
und sozialen Zusammenhalt bedroht



BÜCHNER-VERLAG
Wissenschaft und Kultur

Herbert Storn

Germany first! Die heimliche deutsche Agenda
Wie eine Doktrin Demokratie, Rechtsstaat
und sozialen Zusammenhalt bedroht

ISBN (Print) 978-3-96317-178-9

ISBN (ePDF) 978-3-96317-693-7

Copyright © 2019 BÜCHNER-Verlag eG, Marburg

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz Marburg

Bildnachweis Umschlag: shutterstock.com © donvictorio (Ausschnitt)

Das Werk, einschließlich all seiner Teile, ist urheberrechtlich durch den Verlag geschützt. Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

www.buechner-verlag.de

Inhalt

Vorwort von Mechthild Schrooten	7
Einleitung	9
1. Wettbewerb oder Kooperation?	12
2. Das Narrativ vom ausgleichenden Deutschland stimmte noch nie	26
3. Das Exportüberschussmodell produziert Widersprüche und ist aggressiv	36
4. Die Wettbewerbsideologie und ihre Akteure – Wachstumswahn	71
5. Die massive Bedrohung der Demokratie	81
6. Die Bedrohung des Rechtsstaats	105
7. Das deutsche Exportüberschussmodell spaltet Europa	137
8. Raus aus einer absurden Politik!	147
9. Eine Alternative ist möglich!	157
10. Ohne eine ausreichend große ›kritische Masse‹ sind die nötigen Veränderungen nicht möglich	175
11. Der aufgeklärte und widerständige Mensch	209
Anhang	220
Anmerkungen/Literatur	238

Retten wir die Gemeingüter vor der Renditejagd!
Kooperation statt Konkurrenz!

Ruth und Herbert Storn

Vorwort

Von Mechthild Schrooten
*Professorin für Volkswirtschaftslehre
an der Hochschule Bremen**

Wissenschaft ist wichtig. Ihre Ergebnisse gehen alle etwas an. Die Wirtschaftswissenschaft beispielsweise bietet Entscheidungshilfen in komplexen Situationen. Das Buch von Herbert Storn setzt an diesem Punkt an und greift nahezu alle Schnittstellen zwischen Wirtschaftswissenschaft und Politik auf. Damit alle etwas von der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung haben, müssen die Ergebnisse verständlich kommuniziert werden.

Da verwundert es nicht, dass dieses Werk an vielen Stellen auch auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zurückgreift. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik legt seit mehr als 40 Jahren immer zum 1. Mai ein MEMORANDUM vor. Das MEMORANDUM macht jedes Jahr klar, dass es nachhaltige und soziale Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik gibt. Immer mehr Menschen sind der Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann.

Das gilt beim Thema Armut, bei der Pflege, bei der Bildung, bei der Nachhaltigkeit, Klima und vielen weiteren Politikbereichen. Im Mittelpunkt stehen also verteilungspolitische Fragen. Die grundlegende These ist: Es könnte uns allen so viel besser gehen, wenn wir nur anders handeln würden. Aber warum wird entgegen aller Erkenntnis auf ein »Weiter so« gesetzt? Die Politik konserviert sich derzeit selbst. Frische Gedanken fehlen an allen Ecken und Enden.

Dabei lässt sich erkennen, dass Deutschland in seiner wirtschaftspolitischen Ausrichtung seit Jahren auf eine gezielte und massive Umverteilung zugunsten des nationalen und internationalen Kapitals setzt. Das ist heute weitgehend unstrittig – auch in neoliberalen Kreisen. Deutsche Lohnzu-

rückhaltung hat zu Wettbewerbsvorteilen in der Eurozone geführt; sie hat auch die Entstehung von dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschüssen alimentiert. Es ist ein großes Missverständnis, diese Überschüsse als einen Indikator für Wettbewerbsfähigkeit zu begreifen. Faktisch sind dauerhaft hohe Leistungsbilanzüberschüsse ein Warnsignal. Hier stimmt etwas nicht. Hier wird dauerhaft mehr produziert als verbraucht. Schon aus ökologischer Sicht stellt sich die Frage, wo liegt der Sinn?

Schlimmer aber noch ist, dass dieses einfache Modell des Exportüberschusses inzwischen selbst ein Exportgut ist. Alle wollen am internationalen Markt ihr Glück suchen. Dazu kommt, dass die deutsche Politik nicht nur Hartz IV, sondern auch die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte erfunden hat. Dieses Gefüge von binnenwirtschaftlicher Beschränkung und außenwirtschaftlicher Expansion ist fatal. Bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen gibt es in Deutschland erhebliche binnenwirtschaftliche Bedarfe, die nicht einmal ansatzweise zufriedenstellend und angemessen befriedigt werden können. Dieses Gefüge kommt nicht vom Markt – dieses Gefüge geht auf politische Entscheidungen zurück.

Herbert Storn erklärt, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen eine bessere Welt schaffen könnten. Tatsächlich ist es wichtig, über Wirtschaft und Politik fundiert zu schreiben, zu lesen und zu diskutieren. Die Zukunft können wir nicht den internationalen Konzernen überlassen. Das ist eine harte Aufgabe, denn es ist klar, dass die Zukunftsorientierung eine Transformation der Gesellschaft erfordert.

Ich wünsche dem Buch eine große Resonanz!

Mechthild Schrooten

*Prof. Dr. Mechthild Schrooten hat gemeinsam mit Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup als Sprecherteam der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW e.V.) am 29.4.2019 in Berlin das MEMORANDUM 2019 »Klimakollaps, Wohnungsnot, kriselnde EU – Alternativen der Wirtschaftspolitik« präsentiert.

Einleitung

»AMERICA FIRST« – dieser von US-Präsident Trump auf jeder Silbe betonte und mehrfach wiederholte Schlachtruf seiner Reden ist bereits eine Art Markenzeichen der US-Politik geworden. Interessanterweise war dieser Slogan von Trump nicht wie gewohnt militärisch gemeint, sondern ökonomisch – wenn auch gerade in den USA beides enger miteinander verknüpft ist als in anderen westlichen Staaten. Und dieses ökonomische Mantra eines neuen Protektionismus verschaffte ihm vermutlich auch die nötigen Wählerstimmen. Inzwischen wird diese Wirtschaftspolitik allerdings zur Führung von Wirtschaftskriegen verwandt.

In der bundesdeutschen Politik-Prominenz dient Trumps Slogan dagegen als Projektionsfläche für das, was man angeblich auf gar keinen Fall will, als hilfreiches Abgrenzungsbeispiel von einer Politik, für die man hierzulande wahrlich nicht stehen will, nämlich den nationalen Vorteil über alles zu stellen. Vielleicht auch deswegen, weil dieser Slogan im ersten Vers der deutschen Nationalhymne – immerhin bis 1991 geltender Bestandteil derselben, wenn auch aus den offiziellen Anlässen verbannt – schon genug Unheil angerichtet hat: »Deutschland, Deutschland, über alles...«

Freihandel und die damit verbundene positive Konnotation, Beseitigung von Handelshemmnissen jeder Art, das symbolisiert die offizielle deutsche Politik. Und in diesem Rahmen kann Deutschland die Rolle eines GERMAN FIRST voll ausleben, in Gestalt des Exportweltmeisters nämlich, der alle anderen Nationen in den Schatten stellt. Kai Eicker-Wolf bezeichnet in WIRTSCHAFTSWUNDERLAND die Außenhandelspolitik Deutschlands als »neo-merkantilistisch«¹. Er schränkt allerdings ein:

Neu ist die hier als merkantilistisch bezeichnete wirtschaftspolitische Orientierung nicht, vielmehr ist sie eine Konstante in der wirtschaftlichen Geschichte der Bundesrepublik seit ihrer Gründung: So weist die (west-)deutsche Handelsbilanz seit dem Jahr 1952 (!) ein positives Vorzeichen auf, und auch die Leistungsbilanz war in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik positiv.²

Inzwischen schlägt dieser Überschuss alle bisherigen Rekorde. Angela Merkel kann sich zugutehalten, dass sie die Vorlagen ihrer rot-grünen Vorgängerregierung gut genutzt und die einseitige deutsche Wettbewerbsposition in ihrer Amtszeit deutlich ausgebaut hat. Stephan Hebel vermerkt in seiner »Bilanz«³ eine Steigerung der Exportüberschüsse von 158 Milliarden Euro zu Beginn (2005) auf 245 Milliarden Euro gegen Ende ihrer Kanzlerschaft (2017). Das sind immerhin 55 Prozent mehr in zwölf Jahren.

Da ist es kein Wunder, dass das Verständnis, sollten es andere Staaten je wirklich aufgebracht haben, dahinschwindet und in zunehmend aggressive Töne umschwenkt. Denn mit einer solchen Exportüberschuss-Politik lebt Deutschland im Inneren »unter seinen Verhältnissen«⁴ und nach außen auf Kosten und zu Lasten anderer Staaten.

Von Macron über Lagarde (IWF) zu Trump, vom amerikanischen Finanzminister über den italienischen Premierminister bis zum Chef der EU-Kommission – sie alle werfen der größten Volkswirtschaft in Europa schon seit Jahren vor, dass sie immer mehr exportiert und immer weniger importiert. »Mit ihren Exportüberschüssen mache die Bundesrepublik den übrigen Europäern das Leben schwer – ja, so lautet vor allem der Tadel der Amerikaner und des IWF: Deutschland gefährde damit die Stabilität der Weltwirtschaft« (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 14. November 2013).

Das deutsche Wirtschaftsmodell steht am Pranger. Der amerikanische Ökonom Paul Krugman attackiert dieses deutsche Wirtschaftsmodell schon seit Jahren. Hans-Werner Sinn kommt als Ökonom zwar aus einer ganz anderen Ecke als Krugman – doch auch er kritisierte in seinem Best-

seller BASAR-ÖKONOMIE bereits im Jahr 2005 den »pathologischen Exportboom« der Deutschen.

Die Kritik am deutschen Wirtschaftsmodell ist also nicht neu. Doch noch nie wurde sie derart massiv vorgetragen wie in diesen Tagen.

Und nicht von ungefähr hat die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (MEMORANDUM-Gruppe) in ihrem Gutachten von 2017 den vielsagenden Titel »Statt ›Germany first‹: Alternativen für ein solidarisches Europa« gewählt.

Warum diese einseitige Ausrichtung so sehr die Agenda der deutschen Politik bestimmt, unter welcher Verklärung dies erfolgt, warum man dies gerne, wenn es kritisch wird, unter der Decke halten würde und vor allem welche dramatischen Folgen diese (Wirtschafts-)Politik auch im Inland hat – bis hin zur massiven Bedrohung von Rechtsstaat und Demokratie – soll im Folgenden dargestellt werden.

Ich knüpfe dabei an mein Buch MIT DEMOKRATIE ERNST MACHEN – FÜR EINE RADIKALE ÖKONOMISCHE AUFKLÄRUNG an, in dem diese Gedanken bereits skizziert sind.

Herbert Storn, August 2019



Quelle: lobbycontrol Januar 2019, <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Bundestag-DerDeutschenWirtschaft-661x240c.jpg>

1. Wettbewerb oder Kooperation?

»Wir sind hilfsbereit wie kaum ein anderes Land in der Welt.«

*(Dies sagte der »Black-Rocker« Friedrich Merz⁵ am
7.12.2018 bei seiner Vorstellung auf dem CDU-Parteitag.)*

Tatsächlich legen die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland allergrößten Wert darauf, dass dieses Land gedanklich mit dem Begriff Kooperation assoziiert wird. Kooperationen auf allen Ebenen, gelebte Gemeinsamkeit, so soll Deutschland in der Welt gesehen werden. So soll Deutschland aber auch in Deutschland selbst gesehen werden.

Diese Inszenierung eines Images ist anscheinend so erfolgreich, dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung dieses Bild auch verinnerlicht haben dürfte. Sowohl was die deutsche Rolle in der EU als auch was internationale Handelsabkommen angeht, wird Deutschland im öffentlichen Bewusstsein eher eine moderierende Rolle zugeschrieben.

So sehr auch kritische Stimmen im Inland immer wieder die deutsche Dominanz in der EU (dies meist hinter den Kulissen) ins Bewusstsein heben wollen, so nachhaltig wird dies von den Leitmedien stets nivelliert. Und selbst die aggressive Politik gegen Griechenland oder die abwiegelnde und bremsende Politik im Umweltschutzbereich vor allem in der EU, die in der letzten Zeit verstärkt an die Öffentlichkeit dringt, können dieses Rollenbild von Deutschland als Mittler zwischen den Lagern anscheinend nicht ernsthaft gefährden.

So schlägt die Karikatur von Merkel in Nazi-Uniform, wie sie in griechischen Medien zu finden war, mehr auf die Griechen zurück, als dass es die deutsche Bevölkerung zum Nachdenken anregt, wozu es aber allen Grund gäbe.⁶

Sicher hat die Entscheidung von Bundeskanzler Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 gegen eine Beteiligung am Irakkrieg wesentlich zu diesem Bild eines friedliebenden und Kriege ablehnenden Deutschlands

beigetragen. Wer die ›Golfkriege‹ miterlebt hat, mit ihren »imbedded journalists«, die dafür sorgten, dass die Bilder stimmten und die richtigen Gefühle vermittelt wurden, weiß, welche innenpolitische Bedeutung eine solche Entscheidung der Nichtbeteiligung am Kriegseinsatz der »Willigen« hatte.

Sie war anscheinend geeignet, den ersten und noch dazu völkerrechtswidrigen Angriff der NATO unter deutscher Beteiligung auf die Volksrepublik Jugoslawien 1999 vergessen zu machen, obwohl dieses Ereignis seinerzeit enormen Wirbel erzeugt hatte. Denn die Grünen waren bereit, schon bei der ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ihren pazifistischen Grundsatz aus Gründertagen über Bord zu werfen – eine harte Zäsur, der später weitere folgen sollten.

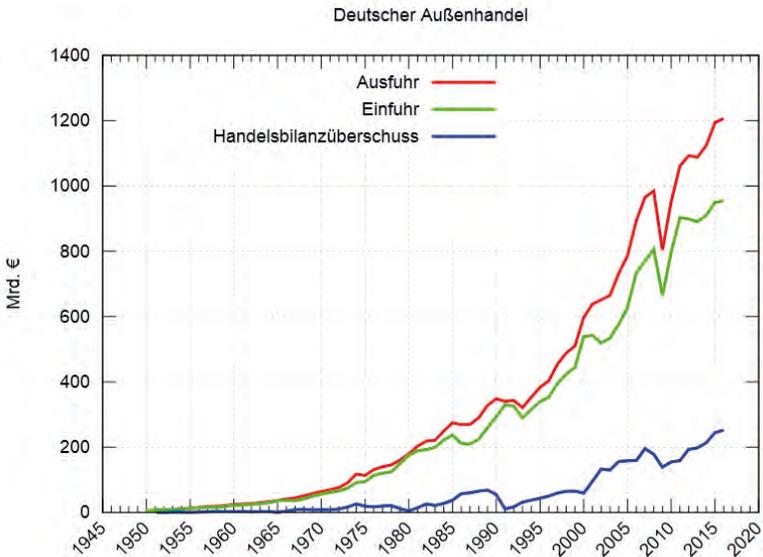
Auf der Folie des von den Medien geprägten Bildes ist das innerdeutsche Image eines auf Ausgleich und Moderation bedachten Landes also nicht so erstaunlich, wie es sein müsste, wenn man die tatsächliche Rolle Deutschlands in der EU, in Handelsverträgen, in der Frage der Austerität und des nachhaltigen Exports von Kriegs- und Bürgerkriegswaffen bewusst und unverstellt wahrnehmen würde. Dazu wäre aber natürlich ebenfalls eine andere, kritische Rolle der Massenmedien erforderlich.

Denn in Wirklichkeit hat Deutschland seine führende Rolle als Exportüberschuss-Nation zu Lasten anderer Länder systematisch ausgebaut. Und auch der anhaltende Export von Kriegs- und Bürgerkriegswaffen konnte weitgehend aus dem Gesichtsfeld verbannt werden. Selbst ein an Völkermord grenzender Krieg im Jemen oder der wegen seiner Durchführung einzigartig abscheuliche Mord an dem saudischen Journalisten und Regimekritiker Jamal Khashoggi bringen unsere Exportpolitik nur sehr kurz in Verlegenheit.

Erstaunlich müsste eine solch grundsätzliche Ausrichtung auf Exportüberschüsse auch schon deshalb sein, weil 1967 mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eine Zielvorgabe an die Politik beschlossen wurde, die ge-

rade eine ausgeglichene Handelsbilanz verlangt. Aber dieses Gesetz wurde immer schon eher als Appell denn als Vorgabe aufgefasst, womöglich auch als Ablenkung von den eigentlichen Zielen.

Jedenfalls blieb die heimliche Agenda die alte und die Politik verfolgte zusammen mit den Wirtschaftsverbänden weiterhin das Ziel eines möglichst großen Exportüberschusses, was die beiden folgenden Schaubilder gut darstellen.



Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950 in absoluten Zahlenwerten⁷

Auffällig sind dabei folgende Entwicklungen:

A. Zum ersten Mal stieg der Anteil sowohl des Brutto- wie des Nettoexportanteils am BIP in der Folge der Krise 1966/67. Das ist deshalb bemerkenswert, weil es zeigt, wie schnell das Kapital den Ausweg aus Nachfrageschwierigkeiten im Inland durch Ausweitung der Absatzmöglichkeiten im Ausland eingeschlagen hat.

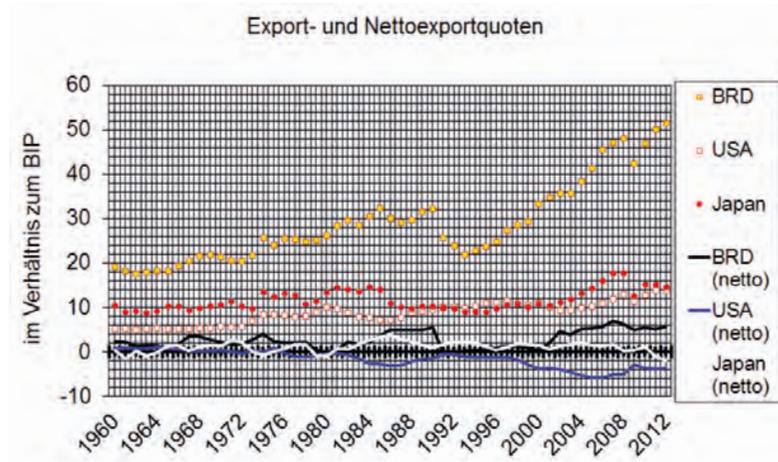
Diese erste – und aus heutiger Sicht winzige – Wirtschaftskrise erzeugte seinerzeit übrigens eine immense Betroffenheit in der veröffentlichten Meinung. Wie stark diese war, als das bis dahin stetig ansteigende Wirtschaftswachstum sich für einen kleinen Moment umkehrte, kann man auch daraus ersehen, dass im Verhältnis zu späteren Wirtschaftskrisen die politischen Folgen viel größer waren. Immerhin musste sogar der »Vater des Wirtschaftswunders« Ludwig Erhard als Bundeskanzler seinen Hut nehmen und eine erste »Große Koalition« wurde für nötig erachtet.

B. Der zweite Anstieg des anteilmäßigen Exportüberschusses ist mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit Mitte der siebziger Jahre zu verzeichnen, d.h. Arbeitslosigkeit wird zunehmend exportiert.

C. Zum dritten Mal stieg der Anteil des Exportüberschusses am BIP signifikant Mitte der 80er Jahre gleichzeitig mit dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, der also nur teilweise kompensiert werden konnte, bis dann Anfang der 90er Jahre die durch die ökonomische Vereinnahmung der neuen Bundesländer infolge der Vereinigung von BRD und DDR gewaltig verstärkte Binnennachfrage an die Stelle des hohen Exportniveaus trat. Dies hielt allerdings auch nur bis zur Mitte der 90er Jahre. Aber anteilmäßig ging es mit dem Nettoexport erst wieder Anfang des neuen Jahrtausends in die Höhe, dafür aber dauerhaft.

Wie Kai Eicker-Wolf in WIRTSCHAFTSWUNDERLAND dargestellt hat, ist der Leistungsbilanzüberschuss (der alle Leistungen mit dem Ausland erfasst) seit 2001 (wo die Bilanz ausgeglichen war) fast ununterbrochen gestiegen: »auf einen Überschusswert von 170 Milliarden Euro im Jahr 2007« und einen Überschusswert von 260 Milliarden Euro 2016. Ähnliches gilt für den entsprechenden Anteil am BIP.

Der Exportüberschuss »beläuft sich seit 2006 auf einen Anteil von mindestens rund sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts – zuletzt wurde im Jahr 2016 sogar ein Wert von 8,7 Prozent erreicht.«⁸



Exporte und Exportüberschüsse im Verhältnis zum BIP⁹

Ich habe in meinem bereits zitierten Buch die beiden zwingenden Gründe genannt, die eine solche Politik dann nahelegen, wenn die Wirtschaft allein der kapitalistischen Verwertungslogik folgt: die Schwierigkeiten bei der Realisierung des in den Waren eingeschlossenen Mehrwerts durch eine begrenzte Kaufkraft einerseits und der gnadenlose Konkurrenzkampf mittels Renditenmaximierung andererseits.

Obwohl der Kapitalismus ein wahres Füllhorn an Waren hervorzubringen scheint, stößt er doch immer wieder an seine Verwertungsgrenzen. Denn der in den Waren steckende Mehrwert kann erst dann realisiert werden, wenn die Waren ihre Abnehmer gefunden haben.

Es genügt ja nicht, kostengünstig eine Warenmenge zu produzieren. Erst wenn sie auch verkauft ist, wird der Kreislauf geschlossen.

Die Inanspruchnahme der ausländischen Kaufkraft – und sei sie auch nur durch Kredite möglich, die das Importland in die Schuldenfalle treiben – ist eine Möglichkeit, dieses grundsätzliche Absatzproblem zu lösen. Kein anderer wirtschaftlich hoch entwickelte Staat nutzt diese Strategie so extrem wie Deutschland, das mit seinen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen

einsam an der Weltspitze steht: 294 Milliarden US-Dollar wurden es 2018, 2016 waren es noch 264 Milliarden Dollar.

Leistungsbilanz: Deutschland weiter mit weltgrößtem Exportüberschuss

Donald Trump und die EU-Kommission stören sich daran, dass Deutschland deutlich mehr exportiert als importiert. Im Jahr 2018 waren es umgerechnet 260 Milliarden Euro.

Deutschland hat 2018 erneut weltweit den größten Überschuss in der Leistungsbilanz erzielt. Das gab das ifo-Institut bekannt. Das bedeutet vereinfacht gesagt, dass Deutschland viel mehr an Waren produziert und an Dienstleistungen bereitstellt, als es selbst verbraucht.

Damit liegt Deutschland zum dritten Mal in Folge vor allen anderen Ländern. Mit umgerechnet 294 Milliarden Dollar (260 Milliarden Euro) ist das Plus sogar größer ausgefallen als das von Japan und Russland zusammen, die mit einem Plus von 173 Milliarden beziehungsweise 116 Milliarden Dollar auf Rang zwei und drei folgen. (ZEIT ONLINE vom 19. Februar 2019)¹⁰

Wie problematisch die Handelsempfindlichkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt ist, zeigt sich auch in der Außenhandelsquote (Summe aus Ex- und Import bezogen auf das BIP). Diese ist seit 2000 bis 2016 um rund 20 Prozentpunkte gestiegen auf zuletzt fast 70 Prozent!¹¹ Dieser Gesichtspunkt soll später nochmals aufgegriffen werden.

Wie aber geht die deutsche Bevölkerung mit dem Widerspruch um, dass Deutschland in einem harten und gnadenlosen internationalen Wettbewerb die Nase vorn hat und deshalb diesen Wettbewerb zum erstrebenswerten Ziel erklärt hat, aber gleichzeitig für seine Kooperationsbereitschaft geliebt werden möchte?

Meine Antwort lautet: Am liebsten gar nicht, Verdrängung ist angesagt!

Einen Widerspruch zu thematisieren, den man nicht so einfach auflösen kann und vor allem nicht auflösen will, bringt nur Unruhe und Debat-

ten über alternative Wirtschaftsweisen, welche die Hauptnutznießer nicht wollen und welche andere vermutlich überfordern.

Und zunächst können sich ›alle in einem Boot‹ wöhnen, sodass die Verteidigung dieses Boots ohnehin oberstes Gebot ist.

Schon der Gedanke, dass unsere Arbeitslosigkeit in Deutschland, würde sie nicht ›exportiert‹, vermutlich bei 13 statt bei 4 Prozent läge, lässt die Brisanz erahnen. Denn für die deutschen Arbeitsplätze, die den Exportüberschuss erzeugen, sorgen (und zahlen) diejenigen Länder, die diesen Überschuss importieren.

Kai Eicker-Wolf zeigt dies in seinem bereits zitierten Buch sehr anschaulich für die Jahre 2010–2016. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland entkopple sich vom Durchschnitt der EU und dem Euroraum deutlich nach oben:

Das Wirtschaftswachstum führt mit durchschnittlich 2,0 Prozent zu einem Beschäftigungswachstum von rund einem Prozent im Jahresdurchschnitt. Während EU und Euroraum mit hohen Arbeitslosenquoten von teilweise über 10 Prozent zu kämpfen haben, sinkt die Quote in Deutschland kontinuierlich auf gut vier Prozent im vergangenen Jahr (2016).¹²

Eine weitere Methode, mit dem Widerspruch zwischen Konkurrenz und Kooperation umzugehen, liegt darin, den Begriff Konkurrenz durch den des Wettbewerbs zu ersetzen und diesem dadurch einen positiven Klang zu geben.

Konkurrenzkampf, jemanden ›niederkonkurrieren‹ oder ökonomisch in die Knie zu zwingen, würde sofort das Bild eines unangenehmen, vielleicht auch ungerechten Kampfes in die Köpfe befördern, in dem es jedenfalls Gewinner und Verlierer gibt, womöglich dauerhaft.

Stattdessen werden für das Exportüberschuss-Modell sportliche Kategorien bemüht, am besten in einem (sprachlichen) Fair Play.

Schließlich lässt sich noch aus der ›Neid-Debatte‹ Honig saugen: Zeigt nicht ein dauerhafter Exportüberschuss, dass ›die Welt unsere Waren will‹, weil sie ›einfach gut‹ sind?! Und ist es denn verwunderlich, wenn unser Erfin-

dungsreichtum, unsere Qualität in der ganzen Welt geschätzt werden. ›Made in Germany‹ – einst als Abwertungsbegriff im Konkurrenzkampf vom Ausland erzwungen, ist ein schillerndes Etikett geworden, auf das man stolz ist.

Und so driftet das Bewusstsein beiderseits entlang der deutschen Grenzen immer weiter auseinander: Überwiegt bei der deutschen Bevölkerung ein gewisser Stolz auf »deutsche Wertarbeit«, wachsen im Ausland Unverständnis, Ohnmacht und Zorn.

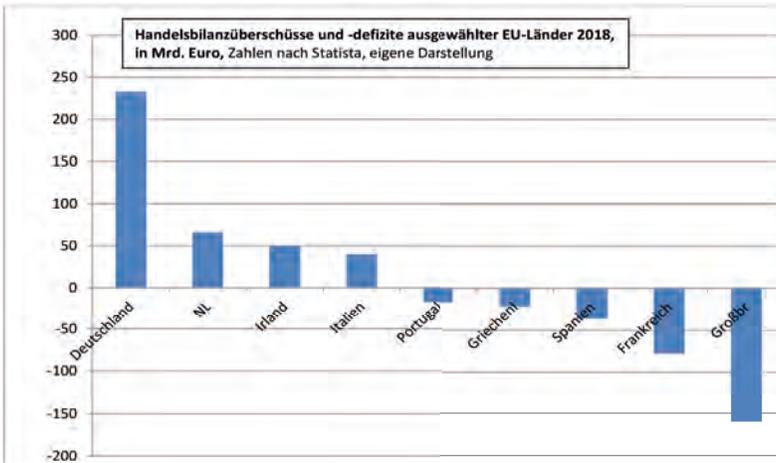
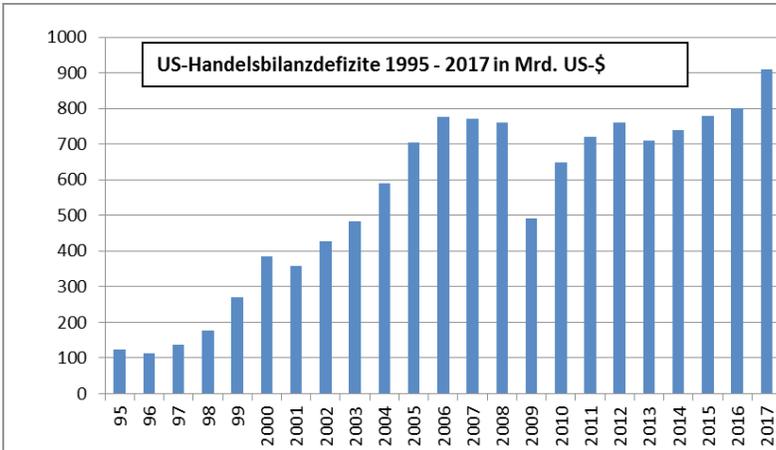
Meine These ist, dass das deutsche Exportüberschussmodell *die heimliche Agenda deutscher Politik* darstellt, weil durch sie ein gewisser Wohlstand in Deutschland garantiert werden kann.¹³

Heimlich nenne ich diese Agenda deswegen, weil sie zwar nicht öffentlich gelehnet wird, ja zu gewissen Gelegenheiten sogar gerne zur Schau gestellt, aber gerade auf einer internationalen Ebene doch eher verdrängt wird. Und schon gar nicht würden es deutsche Leitmedien akzeptieren, von einem GERMANY FIRST zu sprechen. Nicht zuletzt deshalb, um nicht in die Nähe des AMERICA FIRST eines Donald Trumps gerückt zu werden.

Den deutschen Leitmedien ist es gut gelungen, das deutsche Exportüberschussmodell als Erfolg und Vorbild hinzustellen, statt die damit verbundenen Probleme zu benennen und die deutsche Regierung an ihr eigenes Gesetz zu erinnern (das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz).

Der Begriff ›beggar-my-neighbour-Politik‹ (›den Nachbarn ausplündern‹ oder ›den Nachbarn zum Bettler machen‹) aus der Wirtschaftstheorie ist heute kaum noch zu hören. ›Mach meinen Nachbarn zum Bettler‹ – dahinter verbirgt sich eben eine Politik, die Deutschland wirtschaftlich immer in der Führungsrolle sehen muss, als Konkurrenzgewinnler, der seine ökonomischen Probleme auf Kosten anderer Länder löst und sie im Extremfall gnadenlos in die Knie zwingt, wie am Beispiel Griechenland vorexerziert.

Aber die Kehrseite von Deutschlands Exportüberschusspolitik zeigt sich auch in den Defiziten anderer Länder, was die folgenden Schaubilder verdeutlichen:



Handelsbilanzsalden der EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2018 und US-Handelsbilanzdefizite (je in Milliarden Euro), Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252105/umfrage/handelsbilanz-der-eu-laender/>. Eigene Darstellungen

Diese Politik des GERMANY FIRST mag auch deshalb nicht so aggressiv erscheinen wie Trumps Schlachtruf von AMERICA FIRST, weil Wirtschaft und Militär in den USA enger verbunden sind und die Betonung der amerikanischen Führungsrolle immer mit dem Anspruch auf eine militärische Vorherrschaft assoziiert wird.

Tatsächlich hat Trump seinen Schlachtruf AMERICA FIRST aber zunächst und vorrangig auf die ökonomische Führung gemünzt (schon allein, um die amerikanischen Arbeiter mit dem Arbeitsplatzargument zu ködern). Und ökonomische Prozesse kommen scheinbar viel ›weicher‹ daher als militärische. Doch auch dies beginnt, sich mit einer von den USA ausgehenden und zunehmenden Boykott- und Embargopolitik bis hin zum Wirtschaftskrieg zu ändern.

Trotzdem offenbart sich hier eine völlig falsche Vorstellung von ökonomischen Prozessen im öffentlichen Bewusstsein. Das liegt daran, dass Ökonomie eher mit Sachnotwendigkeiten in Verbindung gebracht wird. Erst die zunehmenden Wirtschaftssanktionen (insbesondere gegen Russland) und der immer wieder aufflackernde Begriff vom ›Wirtschaftskrieg‹ verschieben die Wahrnehmung und bringen den aggressiven Charakter wirtschaftspolitischer Entscheidungen deutlicher zum Vorschein.

Dabei gibt es eine Fülle von Hinweisen gerade auch von Seiten der Ökonomen. Der bekannteste dürfte spätestens seit der Finanzkrise Warren Buffetts Titulierung von Derivaten als »financial weapons of mass destruction« (finanzielle Massenvernichtungsmittel) von 2003 sein.

Frank Schirrmacher hat in seinem Buch EGO – DAS SPIEL DES LEBENS von 2013 dieser immanenten Aggressivität ein anschauliches Kapitel (»Masksaker«) gewidmet.

Dass aber auch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hartz IV, prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse und verbaute Zukunftschancen Gewalt über Menschen ausüben, ist im überwiegenden öffentlichen Bewusstsein nicht verankert. Dass massive Wohnungsprobleme, der weitgehende gesellschaftliche Ausschluss durch Armut usw. unangenehm sind, dass sie bedrückend sind, soweit reicht das allgemeine Bewusstsein in der Regel. Aber dies als ›strukturelle Gewalt‹ (Herbert Marcuse) anzusehen, dafür reicht der Blickwinkel offensichtlich nicht. Wie ja auch die verantwortlichen Akteure eine Schuld weit von sich weisen würden.

So hat sich in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht sehr weit herumgesprochen, dass auch das deutsche Exportüberschussmodell nicht ohne seine aggressive Seite auskommt (und dies nicht nur nach außen, sondern auch nach innen!). Mehr noch: es wird von zahlreichen Einflussgruppen der deutschen Gesellschaft alles getan, damit dies nicht thematisiert wird. Und es wird alles getan, damit die wirtschaftspolitischen Akteure auf das heimliche Einverständnis oder auch die unbewusste Komplizenschaft großer Teile der Bevölkerung zählen können.

Denn wenn man auch nur den Gedanken zuließe, Deutschlands Weltmarktstellung infrage zu stellen und den beträchtlichen Exportüberschuss zugunsten einer ausgeglichenen Handelsbilanz zu reduzieren, würde das Gespenst eines wirtschaftlichen Abstiegs so drohend am Horizont auftauchen, dass es alle Teile der Bevölkerung in seinen Bann schlagen würde. Dann würden sich all die Probleme, mit denen wir uns schon jetzt herumschlagen – wie die unterfinanzierte Infrastruktur, der prekäre Arbeitsmarkt, nicht eingehaltene und einzuhaltende Klimaziele usw. – vermutlich so potenzieren, dass es uns die Sprache verschlagen könnte.

Das alles mag der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht unbedingt bewusst sein, aber eine Ahnung davon scheint mir gleichwohl vorhanden zu sein. Und diese beständige untergründige Sorge, ob »wir« noch international »die Besten« sind, lässt sich jederzeit aktivieren, zunächst in voller Breite negativ, wie ich fürchte.

Ulrike Herrmann hat auf schnell aufkommende ›Verlustängste‹ in ihrem Buch KEIN KAPITALISMUS IST AUCH KEINE LÖSUNG hingewiesen: »Deutschland muss sich also dringend von seinen gewaltigen Exportüberschüssen verabschieden, wenn die Eurozone überleben soll. Viele Bundesbürger entwickeln sofort Verlustängste, wenn sie diese Nachricht hören...«¹⁴ Dennoch geht an diesem Bewusstseinsprozess kein Weg vorbei. Denn ein Weg in die Sackgasse bleibt ein solcher, auch wenn man das warnende Schild ignoriert.

In meinem Buch MIT DEMOKRATIE ERNST MACHEN habe ich dazu folgende Vermutung angestellt: Während Deutschlands Exportüberschüsse also ei-

nen Rekord nach dem anderen brechen, würde man sich in Deutschland in dieser Hinsicht gerne mental einigeln und den wirtschaftlichen Sonderstatus mit den einzigartigen Exportüberschüssen still und leise möglichst noch lange weiter genießen. Dass Deutschland auch bei der Leistungsbilanz einsame Weltspitze ist, erfreut also insgeheim Politiker, Unternehmen, Gewerkschaften, Medien usw., weil es »Standortstärke« demonstriert und »Wohlstand sichert«.

Der kabarettistische Ausspruch »Ich weiß gar nicht, was Angela Merkel macht, aber das, was sie macht, macht sie gut« (Urban Priol) karikiert ein scheinbar schizophreses Bewusstsein der Wähler. Aber so schizophren ist dieses Bewusstsein womöglich gar nicht.

Es könnte auch ganz anders sein: dass nämlich die Menschen durchaus wissen oder zumindest ein *Gefühl* dafür haben, dass diese Politik auf Kosten anderer es eben auch verhindert, »dass es uns auch so geht wie den Griechen, Spaniern« usw.

Vielleicht ist es ja so, dass man es im Grunde weiß oder zumindest ahnt, dass der Exportüberschuss und das, was uns gegenüber anderen Ländern einen Vorsprung verschafft, nicht hauptsächlich dem eigenen Erfindergeist und der nationalen Tüchtigkeit zuzuschreiben ist, sondern einer knallharten Freihandelspolitik, die auch vor der Einschränkung nationaler Politikgestaltungsmöglichkeiten über entsprechende Abkommen und der Aushöhlung von Rechtssystemen nicht Halt macht.

Wie auch immer: Solange die Befürworter des Exportüberschussmodells damit rechnen können, beim überwiegenden Teil der Bevölkerung – offen, insgeheim oder unbewusst – auf Verständnis und Zustimmung zu stoßen, werden alle daraus resultierenden Widersprüche sich weiter verschärfen. Ich nenne hier aktuell und exemplarisch das Verhalten gegenüber Saudi-Arabien angesichts des heimtückischen und grausamen Mordes an einem Regimegegner, im weiteren Sinne aber auch den Widerspruch von Rüstungsexporten und dem gleichzeitigen Wunsch nach Frieden in der Welt.

Doch auch im Innern führt die aggressive Exportüberschusspolitik zu Sozialabbau und zur Spaltung der Gesellschaft, worauf der bereits zitierte Stephan Hebel in Bezug auf Merkels Bilanz hinweist: Das für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit wichtige niedrige Lohnniveau betrifft nicht nur den Niedriglohnsektor, sondern rund 40 Prozent aller Arbeitnehmer. Und die Intervention der Kanzlerin gegen eine Verschärfung der Abgasgrenzwerte in der EU bezeichnet Hebel als »spektakulärstes Beispiel für die Politik der ›Wettbewerbsfähigkeit‹ im Wirtschaftsbereich«.¹⁵

Diese Widersprüche sind längst zu einer Bedrohung der Demokratie geworden, ja, sie haben sie bereits ausgehöhlt. Denn der von Alt-68ern propagierte ›Marsch in die Institutionen‹, um ›mehr Demokratie zu wagen‹, endete schließlich für viele maßgebliche Wortführer auf einem gut dotierten Posten in einem großen Unternehmen.

Gleichzeitig wird aber auch der Rechtsstaat von einer Doktrin bedroht, die das unternehmerische Wohl von Großkonzernen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit höher bewertet als rechtsstaatliche Grundsätze. Der bereits erwähnte Abgasbetrug ist nur der sichtbare Teil des Eisbergs, der rechtsstaatliche Grundsätze beständig auflaufen lässt.

Ein Ziel dieses Buches ist es, diese gern tabuisierten Widersprüchlichkeiten als Hinderungsgrund für einen zivilisatorischen Politikwechsel darzulegen, der seinen Namen verdient. Denn ansonsten unterscheiden wir uns nicht grundsätzlich von der Trump'schen Politik. Darüber hinaus soll erörtert werden, wie eine alternative Fokussierung auf eine verstärkte »Binnenorientierung« aussehen kann und auf welche Widerstände und Probleme sie vermutlich treffen wird.

Die Frage ist, ob wir weiter den Weg einer gnadenlosen Wettbewerbspolitik gehen oder auf das ebenfalls im Menschen vorhandene Solidaritätsbedürfnis bauen wollen. Deshalb soll auch Ausschau nach der dafür benötigten »kritischen Masse« und den »Pionieren der Transformation« gehalten werden. Und damit einem das Schmunzeln nicht vergeht:



Bierdeckel von *Schlappeseppel*, der Bierbrauerei aus Aschaffenburg.
Eigene Aufnahme des Autors

Das Bild zeigt uns, dass auch beim Bier durchaus schwierige Themen besprochen werden können und hier mit einem ironischen Augenzwinkern.